

# DIE AMEISE.



Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer J. Bey zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelhofer 15 II.

Nr. 19.

Berlin, den 11. Mai 1900.

27. Jahrg.

### Die für Verbandsmitglieder gesperrten Fabriken

Sind in voriger Nr. 18 der „Ameise“ seitens des Vorstandes veröffentlicht worden. Es ist dies eine ziemlich lange Liste und wohl sämtliche darin genannte Firmen gehören dem „Verband keramischer Gewerke in Deutschland“ an. Diese Firmen nehmen also das Recht der Koalition für sich in Anspruch, die meisten der Firmen aber sind unsererseits als gesperrt bezeichnet, weil sie den Arbeitern dieses selbe Recht der Koalition streitig machen. Es kommen meist in dieser Liste Firmen vor, die die „Haltung“ unseres Vorstandes, die die Haltung der „Ameise“ herausfordern und welche Haltung angeblich schuld daran sein soll, daß der Vorstand „keramischer Gewerke in Deutschland“ nicht auf die vom diesseitigen Vorstand veranlaßte „Anfrage“ im Interesse der Allgemeinheit in der Weise eingehen kann, wie wir es wünschten.

Nichts muß die Arbeiterschaft mehr aufregen, als wenn Unternehmer öffentlich oder geheim, nur Leute suchen und beschäftigen wollen, die von den an und für sich schon kümmerlichen Rechten der Arbeiter keinen Gebrauch machen sollen und ihnen sie das trotzdem, dem Hunger überliefert werden.

Leider wird seitens der Berufsgenossen auch hier nicht immer mit der nöthigen Einsicht verfahren; alle diese Fabriken können, die eine leichter, die andere schwerer, ihre Plätze besetzen, zählt der Verband keine Fabrikkosten und Unterstützung nach dort, nun so geht man eben auf eigenes Risiko dorthin. Wohl kann zugegeben werden, daß einmal die Noth die Triebfeder hierzu und deshalb entschuldbar ist und zum anderen wird der Fabrikant, der vermeint, er beschäftige nur rechte Schäfchen, doch am Ende irre geführt, die räudigen Schafe, als welche er Verbandsmitglieder betrachtet, sie sind bei ihm manchmal recht zahlreich vertreten.

Wäre Menwand bei solchen Unternehmern, die einseitig nur die bestehenden Staatsbürgerrechte für sich in Anspruch nehmen, in Arbeit treten, ja würden die dort Beschäftigten einmal zur Einsicht kommen und energisch ihre

Staatsbürgerrechte geltend machen, so würden jene Herren Unternehmer wohl bald im Interesse ihres Geldsackes auf einem anderen Tone pfeifen.

Doch vorläufig ist wenig Aussicht vorhanden, daß der Unverstand gerade anlässlich dieser Angelegenheit und bei diesen Gleichgültigen einer besseren Einsicht weicht, wir müssen damit rechnen und wenigstens verhindern, daß auch unbewußt Berufsgenossen sich durch Annahme von Arbeit in solchen Fabriken schädigen. Wenn die bewußten Firmen Arbeiter in der keramischen Blättern suchen und den ominösen Satz, „welche nicht dem Berliner Verband angehören“ in den Inseraten beifügen, so weiß ein Jeder wo er daran ist. Die letzte Nr. des „Sprechsaal“ als auch der „Rundschau“ enthalten aber Inserate von Firmen, die Verbandsmitglieder nicht wollen und ist dieser Satz dabei nicht beigefügt.

Wir lassen am besten einmal die sämtlichen unsereseits gezwungenermaßen gesperrten Orte Revue passieren.

Albersweiler ist bekannt als ein Ort, wo schon so mancher Kollege sein Heil gesucht, aber etwas ganz anderes gefunden hat. Es hat nun unseres Wissens die Firma jetzt gewechselt, es ist aber bisher weder darüber, ob dieselbe Verbandsmitglieder nicht mehr auf den Index setzt, noch, ob die Arbeitsverhältnisse jetzt günstigere als früher sind, etwas zu unseren Ohren gelangt. Es wird deshalb dieser Ort der schönen Rheinpfalz mit in der Sperlliste aufgeführt.

In Alexandrinenthal herrscht der Herr Mehnagel, der nicht allein Verbandsmitglieder ächtet, sondern auch sonst die Verhältnisse seiner Arbeiter trotz der ab und zu von ihm arrangierten Feste, so elarlichtet, daß sie als mihliche bezeichnet werden müssen; im Uebrigen soll der Herr gerne nur mit Frauen und Mädchen arbeiten, worüber seine Zeit interessante Streiflichter austauchten.

In Althaldensleben ist es besonders die Firma Schmalzer, die wegen seiner Vorkommnisse glaubt, daran festhalten zu müssen. Berliner Verbandsmitglieder dort nicht aufkommen zu lassen, nun, sie hat dafür „Magdeburger“, die hoffentlich auch ihren Mann stellen

Annaburg hatte vor nicht Langem einmal weniger auf den Poststift von Berliner Verbandsmitgliedern gehalten, ja, wie man hört, soll der jetzige Direktor im Grunde genommen nichts gegen dieselben haben, jedoch fehlt hierüber jedweder Beweis; es würde dort, wie auch noch an anderen Orten vielleicht nur auf geeignete Vorprache der dort arbeitenden Berufsgenossen ankommen, um eine zufriedenstellende Antwort zu bekommen, nach welcher dieser Ort in unserer Liste gestrichen werden könnte.

Bonn. Die Firma Franz Anton Mehlum, dessen Inhaber der derzeitige Vorsitzende des „Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland“, Herr Guillaume ist, boykottirt Verbandsmitglieder schon des Längeren und ein Grund hierzu ist nicht ersichtlich. Herr Guillaume hat das Schreiben an den diesseitigen Vorstand (siehe Nr. 14) mit unterzeichnet, in welchem auf die „Haltung“ der „Ameise“ hingewiesen wird, ohne anzudeuten, nach welcher Richtung hin diese Haltung zu ändern wäre. Wir wollen deswegen noch in Geduld abwarten, ob dies in der Antwort auf das neuerliche Anschreiben zu Tage tritt und nur kurz auf das Schreiben des Herrn Guillaume vom Mai 1896 (Nr. 15. Jahrgang 1896) verweisen, worin die Freude ausgedrückt wurde, daß wir ihm durch eine Anfrage Gelegenheit gaben, ausdrücklich zu betonen, daß er Verbandsmitglieder ächtet. Daß wir heute einen kleinen Kommentar zu der „Sperlliste“ schreiben, hat die Firma Mehlum in Bonn mit verschuldet. Erst in Nr. 4 dieses Jahres theilten wir mit, daß die Firma in unserem Schwesterorgan „Die Solidarität“ seiner Zeit Arbeiter suchte, also in einem Arbeiterblatte, von dem Herr G. als Vorsitzender einer Fabrikantenvereinigung wissen muß, daß es auf demselben Boden der modernen Arbeiterbewegung steht wie wir. Das mag damals vielleicht ein Versehen gewesen sein, daß sich die Firma Mehlum in die „Solidarität“ verlor; den „Sprechsaal“ haben die Inserate dieser Firma von jeher gelehrt und auch in der letzten Nummer ist erindort. Und zwar steht nichts davon darin, daß Berliner Verbandsmitglieder bei Mehlum

ausgeschlossen sind. Wie leicht kann es nun kommen, daß Jemand, ob er gleich Mitglied von uns ist, auf seine eigene Kosten nach dem schönen Meier fährt und unter Hinweis auf das Inserat um Arbeit anfragt. Vielleicht unterläßt man die Frage nach der Zugehörigkeit zum Verband gleich beim Eintritt, man läßt dem Arbeiter arbeiten, weil vielleicht augenblicklicher Mangel an Arbeitern in der betreffenden Kategorie vorherrscht. Oder aber man fragt danach, der Befragte antwortet ehrlich, daß er Mitglied ist und auch auf seine Mitgliedschaft nicht verzichtet, und der gute Mann hat sein Geld verfahren, sich in Unkosten gestürzt, er kann nicht anfangen. Deswegen ist es, mag diese Haltung ansprechend sein oder nicht, unsere Pflicht, ganz speziell darauf zu verweisen, daß Mehlern in Bonn a. Rh. Verbandsmitglieder boykottiert, trotzdem davon in dem Inserat nichts steht. Oder sollte etwa in neuester Zeit Herr G. sich auf einen anderen Standpunkt stellen, gegenüber unserer Organisation und deren Angehörige eine andere, mehr mit der Gleichberechtigung der Menschen in Einklang zu bringende Haltung einnehmen?

Frankfurt a. O. Die Vorkommnisse bei Baetsch u. Matzschas sind in noch zu frischer Erinnerung, als daß besonders Bezug auf diese Sperre genommen zu werden braucht. Im Ubrigen sucht Herr Baetsch wie immer, so auch in letzter Nummer des „Sprechsaals“ nur Arbeiter, „die nicht dem Berliner Verbande angehören“. Gut wäre es, wenn die Kollegen in Frankfurt, die trotzdem noch dem Verbande angehören, zu Nutz und Frommen Aller etwas darüber mittheilen würden, ob der Lima noch dort ist und wie es sonst „mit Fischen und anderem Schwindel“ zur Zeit bestellt ist.

Bei Gersweiler wurde vor Kurzem der Versuch gemacht, eine Erklärung darüber zu erlangen, wie sich die Firma Gebrüder Schmidt zum Boykott von Verbandsmitgliedern stellt, da einige solche nach dort engagiert waren. Die Firma theilte mit, daß sie in letzter Zeit neu eintretende Arbeiter nicht gefragt habe, ob sie Verbandsmitglieder seien. „Wenn wir später zufällig erführen, daß dies der Fall war, haben wir dies ausnahmsweise stillschweigend geduldet“. Eine ausnahmsweise stillschweigende Duldung also vielleicht, wenn die Firma Arbeitskräfte notwendig braucht, und ist das nicht der Fall, dann heraus mit euch, Verbandsmitglieder! Dem Worte „Duldung“ gegenüber wären wir beinahe jetzt in eine andere „Haltung“ gekommen, machen wir es kurz: Gersweiler muß, wenn keine andere Erklärung eingeht, auch weiter in der Sperreliste figurieren.

Diesinger-Höhr erscheint uns zu unbedeutend, um darüber noch Worte zu verlieren. Königszell beherbergt anscheinend jetzt Arbeiter, die sich wohl fühlen in ihrer Ausnahmestellung und gern auf ihr Staatsbürgerrecht verzichten; wenn die Fabrik Leute sucht, hat sie auch unseres Wissens stets mit ihrem Boykott Farbe bekannt. Um die dortigen Fleischtöpfe braucht übrigens Niemand neidisch zu sein.

In Krummenab dominiert der Herr Chef Mannl, der seinen Aerger über die Affäre in Mitterteich anscheinend immer noch nicht verbeißen kann, jedoch hört man auch ab und zu etwas davon läuten, daß er eigentlich nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit einzuwenden hat, wozu er auch gar keinen Grund hat; jedoch weiß man nichts Gewisses und deshalb müssen wir auch diesem etwas abseits gelegenen Dorato freundlichst gedenken, hoffen dabei aber, daß Herr Mannl bald eine bestimmte Erklärung über das Fallenlassen des Boykotts abgibt.

Bogt in Ramenz S. ist auch gesperrt, weil er Arbeiter wegen ihrer Verbandszugehörigkeit und weil sie etwas darauf fußend, wohl einige Forderungen s. Zt. aufstellten, entlassen hat. Er sucht in Nr. 17 der Rundschau einen Maler, vielleicht helfen ihm die in Ramenz weilenden Genossen dazu, seine Aversion gegen das Koalitionsrecht von sich zu weisen. Das beste Rezept dürfte aber immer für solche Herren sein, wenn sie weder Verbandsmitglieder noch Nichtmitglieder bekommen.

In Mitterteich sind nach wie vor unsere Mitglieder verpönt, was eigentlich zu verwundern ist, da von dort oft Leute besonders Maler gesucht werden, und eine rege Frequenz unseres Wfens von jüngeren Leuten vorherrscht. Wenn da einigermaßen ein Zusammenhalt wäre, was manchmal ja auch bei Nichtmitgliedern der Fall ist, so müßte es doch leicht werden, die Firma mit den ausländischen Namen, zur Anerkennung eines deutschen Rechtes, des Koalitionsrechtes, zu bewegen und mit Hilfe dessen dort die sehr verbesserungsbedürftigen Arbeitsverhältnisse einer Korrektur zu unterwerfen. (Fortsetzung folgt.)

### Amtlicher Theil.

#### Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro 1. Quartal 1900 aufgefordert:

Berlin II, Breitenbach, Breslau, Bonn, Coburg, Colbitz, Eisenberg, Fraureuth, Geringswalbe, Gschwenda, Gräfentoda, Gräfenthal, Grünstadt, Großbreitenbach, Haram, Hirschau, Hohenberg, Ilmenau, Ramenz, Raghütte, Kronach, Leipzig, Magdeburg, Manesbach, Martinroda, Meitzen, Moschendorf, München, Oberkoyau, Oberkötzig, Pottschappel, Rheinsberg, Roda, Rosslau, Saargemünd, Sigendorf, Suhl, Schauberg, Schönwald, Schwarzenbach, Stadtilm, Tambach, Tettau, Unterpörlitz, Unterweibach, Waldenburg, Waldsassen, Weingarten, Wunsiedel.

J. Bey, Verbandskassirer.

#### 57. Vorstandssitzung vom 25. April 1900.

Ohne Entschuldigung fehlt Kraack und Bey; von den Revisoren ist Poesenecker anwesend. Wie bisher, so auch in diesem Jahr, sollen den Zahlstellen ein bezw. mehrere Exemplare der Monatszeitung zugestellt werden. — Nach Bericht von Gersweiler ist auf erfolgte Beschwerde beim Ministerium, nun von diesem Mittheilung eingegangen, daß die Bildung einer Zahlstelle nicht weiter beanstandet wird. — Der Miethskontrakt der Bureauräume soll nun, nach Erledigung der Beleuchtungsfrage, unterzeichnet werden. — In Sachen des früheren Unionsmitgl. Redella wird weitere Recherche beschlossen, desgleichen in der Unterstützungssache des Mitglieds 23 590 Weiden in Klösterle. — Das Urtheil des Schiedsgerichts in Sachen der Zahlstelle Hermsdorf wird zur Kenntniß genommen. — In Sachen des Verbandskassirer hat das Schiedsgericht entschieden: Der Beschluß vom 28. 3. 1900 (Aufforderung zur Theilnahme an den Sitzungen, unter Hinweis auf § 24 St.) sei unzulässig, es sind weitere Schritte gegen den Verbandskassirer nicht zu unternehmen, bis das Schiedsgericht entschieden hat; gleichzeitig wird der Vorstand ersucht, sich zu dieser Sache zu äußern. Der Vorstand bezieht die Kompetenz des Schiedsgerichts in dieser Frage und lehnt deshalb die Anerkennung des Urtheils, ebenso ein Eingehen auf die Sache selbst, ab. Beschlossen wird, in Rücksicht darauf, daß der Verbandskassirer sich trotz wiederholter Aufforderung weigert, an den Sitzungen theilzunehmen, worunter einerseits die Erledigung der Geschäfte resp. die Mitglieder, andererseits die Ordnung im Vorstand in erheblicher Weise leiden müssen, den Kontrakt desselben ab 1. Mai zu kündigen und läßt die Kündigungsschrift am 31. Juli ab. Die Abstimmung hierüber ist eine einstimmige. Dafür stimmen: v. d. Aue, Jahn, Arieß, Nechl, Rath, Singer, Schneider, Tobiasz. Wollmann erklärt mit dem Beschluß völlig einverstanden zu sein, in der Erkenntniß, daß dem Vorstand andere Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen, sich jedoch der Stimm zu enthalten, aus gleichem Grund, wie beim Beschluß vom 28. 3. Die Erledigung, der in das Ressort des Verbandskassirers

gehörenden geschäftlichen Sachen durch Vermittelung des Verbandskassirers wird ebenfalls abgelehnt; ein geschäftlicher Verkehr mit demselben durch dritte Personen ist unjoweniger nothwendig, als derselbe keine Veranlassung hat, den Sitzungen fern zu bleiben. — Einem Antrag Neuhaldensleben die übrigen bei Hugo Lonitz beschäftigten Verbandsmitglieder zu solidarischem Eintreten für die an der Differenz Theilhabenden zuzustimmen, wird zugestimmt.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandskassirer.

#### 58. Vorstandssitzung vom 27. April 1900.

Entschuldigt fehlt Nechl; unentschuldigdet Bey; von den Revisoren ist Poesenecker anwesend. Ein Schreiben des Verbandskassirers, wonach derselbe seine erfolgte Kündigung als ungeschehen betrachtet, wird durch Kenntnißnahme erledigt, indem die persönliche Auffassung des ersteren an der vollzogenen Thatsache nichts zu ändern vermag. — Ueber Firma Hugo Lonitz, Neuhaldensleben wird die Sperre verhängt; den an der Differenz theilhabenden Mitgliedern wird Unterstützung bewilligt. — Mittheilung von Kahla, wonach der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll, wird zur Kenntniß genommen. — Ueber die Erledigung der Differenzen der Dreher bei Firma Schwabe, Eisenberg ist nun Bericht eingegangen; gleichzeitig wird mitgetheilt, daß nun bei den Malern derselben Firma Lohn Differenzen ausgebrochen; Beschlußfassung wird vertagt, bis in Aussicht gestellter Bescheid eingegangen ist. — Dem Mitglied 18 881 Staffei wird Differenzunterstützung bewilligt. — Ueber Firma Wilh. Gerde, Sibau wird die Sperre wegen drohender Differenzen verhängt. — Von Burgstädt wird berichtet, daß der dortige Unternehmer den verdienten Lohn nicht voll zur Auszahlung bringt, Vorstelligwerden blieb erfolglos; beschlossen wird, ein Schreiben an den Unternehmer zu richten. — Auf Veranlassung des Vorsitzenden der Zahlstelle Schwarzenbach, hat der Zahlstellenkassirer Unterstützungen, ohne Anweisung vom Bureau erhalten zu haben, zur Auszahlung gebracht; der Vorsitzende soll seines eigenmächtigen Handelns wegen gerügt, im Wiederholungsfall könnte er das Vertrauen des Vorstandes nicht mehr besitzen und müßte seines Postens als Verwaltungsmitglied enthoben werden; die Unterstützung wird nachträglich bewilligt. — Ein Antrag Frettenorla, dessen Zweck nicht ersichtlich, wird abgelehnt; desgleichen die beantragten Weiterunterstützungen. — Mitglied 22 126 Breslau wird Nichtschuß bewilligt. — Unterstützung für Mitgl. 20 051 Magdeburg wird nach § 9 U.-R. abgelehnt; desgleichen für Mitgl. 4024 Neuselbach auf Grund des § 10 U.-R. — Ein Bericht von Planckenhain wird zur Kenntniß genommen, ein Gesuch um Nothfallunterstützung abgelehnt. — Unterstützung für 23 113 Selb sowie 22 920 Berlin II werden bewilligt. — Eine Mittheilung des Rechtsanwalts in Sachen 4590 Rheinsberg, sowie ein Bericht von Unterhauß wird zur Kenntniß genommen. Aus dem Antwortschreiben der Firma Gebr. Schmidt, Gersweiler geht hervor, daß dieselbe nur ausnahmsweise Verbandsmitglieder duldet bezw. geduldet hat und wird deshalb beschlossen, über genannte Firma die Sperre zu verhängen. — Fahrtkosten für die Mitglieder 5822 und 20 211 Staffei werden bewilligt. — Das Urtheil in Sachen des Vorsitzenden der Zahlstelle Unterpörlitz wird zur Kenntniß genommen; Berufung erscheint aussichtslos und soll zurückgezogen werden. — Das Arbeitersekretariat Beuthen wünscht Bratisstellung der „Amale“; es wird dem zugestimmt. — An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds Craack wird als nächster Ersatzmann Schubert bestimmt. Unterstützung erhalten: Berlin II: 18 734, 25 861 vom 23. 4., 21 920 vom 19. 3., 8302 vom 7. 5., Charlottenburg: 14 031 vom 30. 4., Colbitz: 20 317 v. 7. 5., Kahla: 25 959, 3360, 22 238, 912, 3331, 3358, 3363, 3367, 3406, 3420, 3421, 4336, 4340, 4807, 4817, 9612, 10 406, 10 439, 10 614, 11 843, 11 844, 12 958, 13 718, 14 257, 14 258, 14 260, 15 267, 17 099, 18 841, 22 239, 25 245 vom 2. 5., Raghütte: 4429 vom 26. 4., Kronach: 21 226 v. 30. 4., Neuhaldensleben: 25 823, 25 824, 25 822, 16 075, 20 055 vom 26. 4., Nürnberg: 19 070 vom 16. 4., Kahla: 7078 vom 30. 4., Selb: 23 113 vom 26. 3., Staffei: 18 881 vom 7. 5., Unterhauß: 7252, 12 177 vom 30. 4. Fahrtkosten erhalten: Berlin II: 20 260, 350, Colbitz: 22 785, 0,60, Nürnberg: 19 070, 28,20, Staffei: 16 419, 11,39, 5419, 25,20 (Familie). Tiefenfurt: 6935, 1,75 M. (Familie). Umzugskosten erhalten: Berlin II: 21 005, 17,65, Freiwaldau: 15 998, 0,75, Tiefenfurt: 6935, 13,15 M.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandskassirer.

#### Schiedsgerichtssitzung vom 19. April 1900.

Nach Kenntnißnahme der Beschwerde des Verbandskassirers J. Bey gegen den Beschluß des Vorstandes vom 23. März d. J., sowie wegen der Besichtigung durch

den Vorsitzenden Wollmann hat das Schiedsgericht beschlossen: Die Androhung des Vorstandes gegen den Verbandskassierer Bey, von dem § 24 des Statuts Gebrauch zu machen, ist unter den obwaltenden Umständen für unzulässig zu erklären und ist, solange die Beschwerde nicht vom Schiedsgericht erledigt ist, von irgend welchen Maßnahmen gegen Bey abzulassen.

Das Schiedsgericht. J. A. Kleinwächter.

### Schiedsgerichtsitzung vom 28. April 1900.

Der Verbandskassierer und Mitglied J. Bey hatte sich unterm 12. April mit folgender Beschwerde an das Schiedsgericht gewandt: Gegen den Vorstandsbeschluss vom 28. März d. J., wonach ich die an einen der anderen Beamten gesandten Gelder von demselben annehmen soll, erhebe ich Beschwerde und beantrage, diesen Beschluss als unstatutarisch, sowie meinem Kontrakt und auch dem Wesen einer geordneten Kassenverwaltung widersprechend, aufzuheben. An Stelle dieses Vorstandsbeschlusses beantrage ich, dem Verbandskassierer das bisherige Recht, sämtliche Gelder ausschließlich von den Zahlungsverpflichteten direkt zu empfangen, im vollen Umfange zuzusprechen. Nach § 26 des Statuts ist der Verbandskassierer der Verwalter sämtlicher Kassen, also auch fungemäß der Empfänger der Gelder von einzelnen Mitgliedern, soweit die Zahlung für die Hauptkasse zu leisten ist, sowie der von den außerhalb der Organisation stehenden Personen eingehenden Gelder.

Ebenso hat nach § 1 der zum Kontrakt gehörenden Geschäftsordnung, der Verbandskassierer alle Geldsendungen zu empfangen. Diese beiden Bestimmungen beweisen doch ganz klar, daß nur der Verbandskassierer und nicht mehrere Personen zum Empfang der Gelder berechtigt sind. Dieses ausschließliche Recht des Verbandskassierers erkennt auch der Vorstand in dem ersten Theil seines Beschlusses an, hebt es aber im zweiten Theil wieder vollständig auf.

Der Verbandskassierer ist für die richtige Verwaltung, wozu doch zweifellos auch der direkte Empfang der Gelder gehört, allein verantwortlich und haftet dafür mit seiner Kaution. Die Verantwortlichkeit ist weder kontraktlich noch statutarisch für die anderen Beamten im Bureau vorhanden und ist auch sachlich in keiner Weise begründet. (Es folgen nun in der Beschwerdeschrift die Gründe und geschehenen Thatsachen, welche den Verbandskassierer zu der Stellung des Antrages veranlassen.) Weiter beantragte Gen. Bey die in der Vorstandssitzung gethane Neuprüfung des Vors. Wollmann, lautend: „wenn Gen. Bey sich absolut als verfolgt ansehen will und sich verfolgt glaubt, und wenn ein an Verfolgungswahnsinn Leidender“, durch welche er als ein an Verfolgungswahnsinn Leidender bezeichnet ist, als eine durch nichts veranlaßte grobe Beleidigung zu erklären, die dem jeweiligen geistigen Leiter des Verbandes nicht zusteht und die mit seiner Stellung nicht im Einklang zu bringen ist.

Unterm 14. April erhielt der Verbandskassierer vom Vorstand eine Aufforderung und zugleich Androhung, daß der Vorstand von dem § 24 des Statuts Gebrauch machen würde.

Durch diese Aufforderung und Androhung hielt sich Bey in der Beleidigung seines Rechts beim Schiedsgericht für sehr stark beeinflusst und beantragte beim Schiedsgericht, diesen Beschluss des Vorstandes unter den obwaltenden Umständen für unzulässig zu erklären. Der Beschluss des Schiedsgerichts wegen dieser zweiten Beschwerde ist im Bericht der Schiedsgerichtsitzung vom 19. April d. J. zu lesen.

Wegen der ersten Beschwerde und der Beleidigung ersuchte das Schiedsgericht den Vorstand sich zu äußern bezw. den Beschluss sowie die Äußerung zu begründen. Daraufhin erhielt das Schiedsgericht folgenden Bescheid: „Auf Ihre Zuschrift vom 20. April in der Beschwerdesache Bey können wir nur erwidern, daß wir dem Schiedsgericht das Recht zu einer diesbezüglichen Entscheidung bestreiten und demzufolge ein Eingehen auf die Sache selbst ablehnen müssen.“

Nach § 24 des Statuts führt der Vorstand die Aufsicht über die Bureaubeamten, er schließt die Kontrakte mit denselben ab und ist somit er allein berechtigt, die Verteilung und Ordnung der Geschäfte zu regeln. Ein Aufsichtrecht über den Vorstand ist im Statut dem Schiedsgericht nicht eingeräumt und sind wir deshalb nicht gewillt, uns das statutarische Aufsichtrecht des Vorstandes einschränken zu lassen. Bezüglich der angeblichen Beleidigung des Herrn Bey verweisen wir auf § 29 des Statuts. Nach demselben hat das Schiedsgericht nur Beschwerden über Beschlüsse des Vorstandes, soweit nicht das Statut dem im Wege steht, zu erledigen. Eine angebliche Beleidigung des einen durch ein anderes Vorstandsmitglied ist aber jedenfalls kein Vorstandsbeschluss und fällt schon damit das Recht Ihrer Einwirkung. Wir betonen aber außerdem, daß wir es als ein unbestreitbares Recht für uns in Anspruch nehmen, daß das parlamentarische Verhalten der einzelnen Vorstandsmitglieder unserer eigenen Überwachung überlassen bleibt. Es ist ebenso unzulässig, daß wir dem Schiedsgericht eine Einwirkung auf unsere Geschäftsordnung gestatten können, wie wir uns jemals erlauben dürften, uns in die Geschäftsordnung des Schiedsgerichts einzumischen und uns um die Auslegung und Handhabung derselben zu kümmern.

Vorstand und Schiedsgericht sind Körperschaften, die nur als Ganzes für einander in Betracht kommen können, vor den inneren Angelegenheiten derselben ist jedenfalls Halt zu machen. Aus angezeigten Gründen müssen wir es ablehnen, uns dem Beschluss des Schiedsgerichts vom 19. April zu fügen. Vielleicht genügt der Hinweis auf den Widerspruch, der darin liegt, daß von einem Recht (§ 24) Gebrauch zu machen, ja, schon der Hinweis auf ev. Ausübung dieses Rechtes unzulässig sein soll, um das Schiedsgericht seine irrtümliche Auffassung erkennen zu lassen.

Der Vorstand.

„Dem Ansuchen des Schiedsgerichts, mich auf die Enklage des Herrn Bey wegen angeblicher Beleidigung zu äußern bezw. zu rechtfertigen, kann ich nicht entsprechen, weil ich mich nur dem Vorstand gegenüber verantwortlich fühle. Weder im Statut, noch in meinem Kontrakt, noch in der Geschäftsordnung des Vorstandes finde ich den geringsten Anhalt dafür, daß ich als Angestellter des Verbandes oder als einzelnes Mitglied des Vorstandes dem Schiedsgericht verantwortlich sein sollte. Auch als Verbandsmitglied bin ich das nicht.“

Georg Wollmann.

Des Weiteren hatte der Verbandskassierer Bey unterm 27. April vom Vorstand die Mitteilung erhalten, wonach der Vorstand beschlossen hat: „Ihm vom 1. Mai ab zu kündigen und daß demnach sein Kontrakt am 31. Juli abläufe.“ Auf diesen Beschluss des Vorstandes hin beantragte der Verbandskassierer beim Schiedsgericht: „Diese Kündigung allen Rechtsgrundlagen widersprechend, aufzuheben.“

Nach Kenntnisaufnahme der Antwort des Vorstandes und des Vors. Wollmann und nach einer eingehenden Besprechung erklärte sich zunächst das Schiedsgericht für berechtigt, über die Beschwerde Bey entscheiden zu können, da nach § 29 des Statuts, und wie der Vorstand in seinem Schreiben selbst zugiebt, das Schiedsgericht alle Beschwerden über die Beschlüsse des Vorstandes zu erledigen hat. Das Schiedsgericht hält daher seinen Beschluss vom 19. April aufrecht und für zu Recht bestehend.

Das Schiedsgericht beschloß ferner, „daß die inzwischen erfolgte Kündigung des Verbandskassierers so lange aufzuheben ist, bis das Schiedsgericht eine Entscheidung über die erste Beschwerde getroffen hat. Die erfolgte Kündigung des Verbandskassierers Bey durch den Vorstand ist aber auch laut Statut nicht rechtmäßig bezw. nicht rechtskräftig. Nach § 22 des Statuts werden die Mitglieder des Vorstandes von der Generalversammlung gewählt und währen deren Amtsdauer bis zur nächsten Generalversammlung. Nach § 24 des Statuts ist der Vorstand nur zur vorläufigen Abfertigung der Beamten berechtigt. Zur Berechtigung diesen Paragraphen in Anwendung zu bringen, ist aber jedenfalls ein gröberes Versehen gegen das Statut oder eines Vertrauensbruches vorauszusetzen und wohl nicht das angebliche Vergehen gegen die Geschäftsordnung des Vorstandes.“

Laut § 31 des Statuts bildet die Generalversammlung die oberste Instanz in allen Angelegenheiten des Verbandes und entscheidet unter Nr. 4 über die Wahl und Absetzung der Mitglieder des Vorstandes.

Das Schiedsgericht ersucht den Vorstand um eine halbige Rückäußerung, da bis dahin die Entscheidung über die erste Beschwerde ausgefällt ist.

Im Falle einer wiederholten ablehnenden Haltung des Vorstandes wird das Schiedsgericht Weiteres veranlassen.

Das Schiedsgericht.

Anmerkung des Vorstandes. Wir haben laut Beschluss vom 3. Mai dem Schiedsgericht erklärt, daß wir seiner Anordnung, die Kündigung des Verbandskassierers aufzuheben, nicht nachkommen. Auf die Haltung des Schiedsgerichts und die Rechtmäßigkeit seiner Entscheidung einzugehen, wollen wir uns diesmal versagen; einige Anmerkungen tatsächlicher Natur scheinen uns aber geboten.

1. Dem Verbandskassierer ist vorerst zweimal, und zwar nach den Vorstandssitzungen vom 3. u. 6. April, mitgeteilt worden, daß die von ihm angegebenen Gründe für sein Fernbleiben von den Sitzungen nicht als genügende Entschuldigung gelten können, erst dann erhielt er am 14. April die schriftliche Aufforderung zur Theilnahme an den Sitzungen mit dem Hinweis auf ev. Kündigung, die dann auch, nachdem der Kassierer unterm 18. April ausdrücklich mitgeteilt hatte, daß er sich dadurch in seinem Verhalten nicht betreten lasse, am 25. April beschlossen wurde.

2. Die Kündigung ist nicht, wie das Schiedsgericht behauptet, nur wegen eines angeblichen Vergehens gegen die Geschäftsordnung des Vorstandes erfolgt. Die Kündigungsschrift lautet: Herr J. Bey, indem Sie die dem Vorstand selbstverständlich und statutarisch zustehenden Rechte und Bestimmungen Ihres Kontraktes ignorieren und denselben Ihren Eigenwillen entgegensetzen und der wiederholten Aufforderung, an den Vorstandssitzungen theilzunehmen, nicht Folge leisten, sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß dieser Zustand ohne schwere Schädigung der allgemeinen

Interessen nicht fortbestehen kann und ein gezieltes Zusammenarbeiten unendlich geworden ist. Wir haben deshalb beschlossen, Ihnen ab 1. Mai zu kündigen und läßt ihr Kontrakt am 31. Juli d. J. ab. Der Vorstand.

3. Wir haben dem Schiedsgericht nur zugegeben, daß es alle Beschwerden über Beschlüsse des Vorstandes zu erledigen habe, soweit nicht das Statut dem im Wege steht.

Der Vorstand.

### Aus unserm Berufe.

— Von Eisenberg ging Mitteilung ein, daß das ganze Dreherpersonal der Firma Meinecke am letzten Sonnabend gekündigt worden ist.

— Von den österreichischen Porzellanarbeitern. Bessert sind die Dote Sibau, Schönfeld. — Von den Wiener Malern wird auf die mißlichen Arbeitsverhältnisse bei Cz. Prinz VII, Diggergasse 12 aufmerksam gemacht. — Zwischen den Retouchieren der Firma Fr. Goldschneider und der Geschäftsleitung sind Differenzen entstanden, in Folge derselben sämtliche Retoucheure am 5. Mai ihre Arbeit aufkündigten. Da die Firma sehr oft in deutschen Blättern Arbeiter sucht, wolle die größte Vorsicht beachtet werden.

— In Dallwitz sind eine ganze Anzahl Dreher, die sich von der Organisation abgewandt hatten, von der Firma Bröschold entlassen worden. Einer davon, der 32 Jahre dort arbeitete, Johann Kleber, machte seinem Leben durch einen Schuß ein Ende. Ein anderer, ebenfalls entlassener Dreher Carl Jakob erhängte sich kurz darauf. Mit Recht werden die Dreher in Dallwitz gefragt:

„Wie viel von Euch werden noch in den gewaltigen Tod gehen müssen, bevor Ihr durch den Beitritt zur Organisation Zustände herbeiführt, welche die Arbeiter vor dem Zwange des Selbstmordes bewahren?“

— Im „Sprechsaal“ lesen wir, daß in den Steingutfabriken in Staffordshire in England Arbeitseinstellungen theils ausgedehnt, theils zu erwarten sind. Die Steingutarbeiter stellen alljährlich im März die Löhne und Arbeitsbedingungen mit den Fabrikanten resp. umgekehrt, fest und haben die Arbeiter sechs Wochen vorher eine Lohn-erhöhung von 1 Penny pro Schilling mit dem Hinweise gefordert, daß die Arbeitslöhne seit 20 Jahren nicht erhöht worden seien. Die Fabrikanten sind nun jenseits des Kanals ebenso hartleibig wie bei uns, trotzdem sie die Verkaufspreise gesteigert haben, können sie die geringe Forderung ab. Die Steingutbrucker und Ofenleger haben den Reigen eröffnet und die Dreher und Former, die eine einmonatliche Kündigung einhalten, wollen nachfolgen. Es wird, da einige Fabriken bereits höhere Löhne zahlen, andere sich den Forderungen gegenüber willig gezeigt haben, angenommen, daß die Arbeitseinstellung nicht allgemein werden wird.

Wir haben uns heute schriftlich an den Sekretär der „Amalgamated Society of Hollow-ware & Sanitary Pressers, Mould-makers, and all Clay Potters of the united Kingdom“ gewandt und vielleicht erfahren wir etwas Näheres über die Angelegenheit.

### Versammlungsberichte etc.

Charlottenburg. Die letzte Versammlung beschloß sich hauptsächlich mit der Mitgliedsabstimmung und Wahlen. Die Abstimmung, welche eine längere Debatte hervorrief, ergab das Resultat, daß die 23 Mitglieder bejahten, 9 verneinten und 6 der Stimme sich enthielten. Die Annahme des gestellten Antrages ist somit erfolgt. Im zweiten Punkte „Ratleur“ berichteten die Kollegen der Firma Richter, daß sie, wie im Vorjahre, auf Grund auch diesmal die Forderung des 1. Mai erwirkten hätten. Dasselbe beantragten folgende Resolution: „In Erwägung, daß den Dreher der Firma Richter seitens der Geschäftsleitung zur Theilnahme an der Wahlen die nachsuchte Erlaubnis ertheilt worden

ist, erwartet die heutige Versammlung, daß sämtliche in Frage kommenden Kollegen den weitgehendsten Gebrauch von dieser Erlaubnis machen. — Zur Ergänzung hiervon empfiehlt die Versammlung noch zu setzen: und daß auch die übrigen Kollegen anderer Firmen den Versuch machen, die Erlaubnis zur Beteiligung an der Messfeier bei den Unternehmern zu suchen." Diese Resolution, über welche getrennt abgestimmt wird, ergiebt für beide Theile die Annahme derselben. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden, der vorgerückten Zeit halber verlagert. (Eigentlich kommt dieser Bericht post festum. Bitte das nächste Mal früher einsenden. Die Redaktion).

**Nürnberg.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 28. April d. J. ihre, in das Vereinslokal einberufene Monatsversammlung ab, die aber entschieden hätte besser besucht sein können, zumal doch die Mitglieder, welche Interesse am Verbandorgan haben und dasselbe lesen, auch wissen mußten, daß an diesem Tage drei wichtige Fragen zu beantworten waren. Unter Andern gedenkt der Vorsitzende in warmer kurzer Rede des verstorbenen Parteigenossen, Reichs- und Landtagsabgeordneten Carl Dertel, worauf sich zum Zeichen des Angedenkens und der Verehrung die Anwesenden von den Sitzen erheben. Nachdem die ersten drei Punkte erledigt sind, tritt der Vorsitzende zum wichtigsten der Tagesordnung, zu Punkt 4, die „Mitgliederabstimmung“ betreffend. Die Versammlung war sich in dieser Sache bald einig und trugen hier die deutlichsten Überzeugungstreuen Ausführungen des Vorsitzenden wie der der anderen Redner wesentlich dazu bei, von den Folgen des eventuell bewilligten „Antrages Meisen“ ein klares Bild zu geben. Es war demnach für die 3 aufgeworfenen Fragen der Mitgliederabstimmung folgendes Resultat zu verzeichnen: Zur Frage 1 stimmten von 26 anwesenden Mitgliedern 24 mit „Nein“, 2 enthielten sich der Stimme. Zur Frage 2 stimmten 15 mit „Ja“, 10 mit „Nein“, 1 enthielt sich. Zur Frage 3 stimmten 25 mit „Nein“, 1 enthielt sich. Der Antrag ist demnach abgelehnt. Doch soll auf Antrag eines Kollegen für die vom Kohlenarbeiterstreit betroffenen Angehörigen des Porzellanarbeiterverbandes etwas gethan werden und fasste hierauf die Versammlung folgende Resolution: „Die heutige Mitgliederversammlung faßt aus den verschiedensten und praktischen Gründen für die 3 Punkte der Mitgliederabstimmung nicht stimmen, stellt aber an die organisierten Genossen das Ersuchen, die durch den Kohlenarbeiterstreit beschäftigungslos Gewesenen durch freiwillige Beiträge zu unterstützen und in Zukunft bei ähnlichen Fällen und Kalamitäten das Solidaritätsgefühl durch Einsammlung von freiwilligen Beiträgen mehr zu betheiligen.“

Zum Schluß wird noch ein Ausflug der Zahlstellermitglieder nach „Rothenberg“ auf den 20. Mai festgesetzt und das Nähere in der „Ameise“ bekannt gegeben.

**Waldenburg.** Sonntag, den 29. April, Nachmittags, tagte in Altwasser im „Eisernen Kreuz“ eine Vertrauensmännerkonferenz des schlesischen Agitationsbezirks und war die Verwaltung der Zahlstelle Altwasser, die Agitationskommission und die Vertrauensmänner sämtlicher, zum Bezirk gehörenden Zahlstellen vertreten. Eröffnet wurde die Sitzung durch den Vorsitzenden der Zahlstelle Altwasser und legte derselbe den Anwesenden in eingehenden Worten klar, welche Pflichten die Agitationskommission hat. Es wurde allgemein als Hinderniß empfunden, daß die Sperre für Königzell noch immer besteht, da dadurch die Agitation für den Verband an dem betreffenden Ort völlig lahm gelegt ist. Es wurde beschlossen, ein Flugblatt unter sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der schlesischen Fabriken zu verbreiten und wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche dasselbe ausarbeiten soll. Im Anschluß an die Flugblattverbreitung sollen an sämtlichen Orten Agitationsversammlungen veranstaltet werden, als Referent wurde ein Vorstandsvorsteher in Aussicht genommen. Ebenso wurden die Zustände in Schweidnitz (Kochlitzfabrik Krause) einer Kritik unterzogen. Eine längere und lebhafteste Debatte rief eine besondere Angelegenheit hervor, es wurde ein, diese Angelegenheit betreffender Antrag angenommen, die Vertrauensmänner beauftragt ihren Zahlstellen denselben zu unterbreiten und dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Zahlstellen bis 12. Juni zu diesem Antrag Stellung genommen haben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Vertrauensmänner auf, dafür einzutreten, daß den Beschlüssen der heutigen Sitzung die nötige Geltung verschafft wird, daß auch jeder organisierte Vorzeilener den unorganisierten klar machen muß, welche Bedeutung auch für sie die Worte: „Zusammen freude zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an“, haben, denn nur Einheit macht stark, nur durch diese kann etwas erreicht werden.

\*) Wenn nicht einmal angedeutet wird, was das für eine besondere Angelegenheit ist, brauchte dieser Aufsatz auch nicht in den Bericht. D. Red.

### Adressen-Nachtrag.

Barmen. Kass.: Beer, Pannmiese 12.  
 Berlin I. Vorj.: Gg. Caro, Stargarderstr. 81 III.  
 Schriftf.: Wilm Gerh. Schönhäuser Allee 134 c.  
 Bonn-Poppelsdorf. Revis.: C. Tenzler, Reffenicherstr. 72; C. Marzante, Reffenicherstr. 102. Schriftf.: Arth. Hainke, Reffenicherstr. 18.  
 Nürnberg. Ameisenverschleifer: Br. Rämmler, Nunnenbacht. 501.  
 Mannheim. Kass.: Wolfgang Pfaff, Rupprechtstr. 15.  
 Revis.: Alois Löhlein, Niedfeldstr. 9, Neckar-Vorstadt.  
 Staffel. Vorj.: Jos. Leistner, Dreher.  
 Uhlstädt. Vorj.: Ab. Werner. Maler. Kass.: S. Fritsch. Maler.  
 Untermaus. Vorj.: G. Wohlfart, Maler, Berggasse 6.  
 Unterpörlitz. Vertrauensm.: Otto Mienfelder.  
 Wilda. Vorsitzende heißt „Mahn“ nicht Pahn.  
 Wunsiedel. Vorj.: Gg. Schrammel, Kapselbreher.

### Briefkasten.

Marktredwitz. F. muß sich zu Berlin II (Runt, Reichenbergerstr. 151 II) melden.

**Druckfehlerberichtigung.** Im Vierteljahresabschluß (siehe Nr. 18) soll es unter Ausgabe, Seite 2, heißen: „per Unterstufung an die Bergarbeiter Oesterreichs“.

In der Beilage dieser Nummer soll auf Seite 26 von unten der 1. Spalte 3. Seite ein neuer Satz resp. neue Zeile mit: Von Hermsdorf zc. anfangen.

### Versammlungskalender.

Altwasser. Sonnabend, 12. Mai, Abends 8 Uhr. Außerordentliche Zahlstellen-Versammlung.  
 Berlin I. Montag, 14. Mai bei Blume, Schönhäuser Allee 70.  
 Berlin II. Sonnabend, 19. Mai bei Koll, Adalbertstr. 21. Zahlabend, Bibliothek.  
 Berlin-Moabit. Montag, 14. Mai, Abends 8 Uhr bei Loffow, Lübeckerstr. 48.  
 Bonn-Poppelsdorf. Dienstag, 15. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mitgliederabstimmung.  
 Charlottenburg. Sonnabend, 12. Mai, Abends 8 Uhr bei Leder, Bismarck- und Rüdigerstr. Ecke.  
 Eisenberg. Sonnabend, den 12. Mai im „Gambrius“.  
 Geringswalde. Sonnabend, 12. Mai, Abends 1/2 9 Uhr im Hotel „Goldener Anker“.  
 Gotha. Sonnabend, 12. Mai, Abends 8 Uhr im Restaurant zur Erholung.  
 Gräfenroda. Sonntag, 20. Mai, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Mitglieder-Abstimmung.  
 Hohenberg. Sonntag, 13. Mai, Nachm. 3 Uhr in der Bahnhof-Restaurations zu Schindling. Mitglieder-Abstimmung. Fertigstellung der Arbeitslosen-Statistik. Die Mitglieder, welche freiwillige Unterstützung erhalten haben, müssen erscheinen, um die Quittung zu unterzeichnen.  
 Kolmar. Sonntag-nd, 12. Mai, Abends 8 Uhr bei C. Berch. Mitgliederabstimmung und anderes Wichtige.  
 Kronach. Sonnabend, 12. Mai, Abends 7 Uhr im Vereinslokal (Magold). Außerordentlich wichtige Tagesordnung, deshalb haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen.  
 Königzell. Sonntag, 13. Mai, Nachmittags 4 Uhr im Vereinslokal Ganhof z. Friedrichenthal.  
 München. Sonnabend, 19. Mai im Vereinslokal „zur neuen Hauptpost“, Ecke Neu- und Schwantalerstraße.  
 Oberkößitz. Sonntag, 13. Mai, Nachmittags 3 Uhr im „Kaiser Gänther“. Mitglieder-Abstimmung.  
 Plauen. Sonnabend, 19. Mai, Abends 8 Uhr im Rathhaus.  
 Pötschappel. Sonnabend, 26. Mai, Zahlabend im Gasthaus z. Deutschen Haus. Die übrigen Zahlabende wie früher jeden 1. Sonnabend im Monat.  
 Rheinsberg. Sonnabend, 12. Mai, Abends 8 Uhr bei G. Paarmann.  
 Schwarzj. Sonnabend, 12. Mai, im Vereinslokal. Mitglieder-Abstimmung.  
 Stadtlengsfeld. Sonnabend, 12. Mai im Vereinslokal.

### Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w.

werden ausgeschmolzen und das Gramm fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.



### Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtm. Thür.

Man verlange Prospekte.

**Beste und pünktliche Bedienung.**  
 Aeltestes Geschäft dieser Art.  
 Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.  
 Einkaufsgeschäft für Glanzgold  
 Eisenberg, S.-A.

### Emil Böhme

Berlin II. Sonnabend, 19. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Koll, Adalbertstr. 21.

### Außerordentliche Versammlung.

Kollegen! Durch die unleidlichen Verhältnisse im Hauptvorstande, fühlen wir uns veranlaßt, eine „Außerordentliche Versammlung“ einzuberufen, in der eine Aussprüche derjenigen Zahlstellen stattfinden soll aus denen die Mitglieder zum Hauptvorstande zur Wahl vorgeschlagen wurden. Wir erlöchen die betreffenden Verwaltungen (Berlin I, Charlottenburg, Moabit und Spandau) für reze Beteiligung der Zahlstellen-Mitglieder zu sorgen.  
 Die Verwaltung.

Dresden! Porzellanarbeiter Dresden!  
 Sonnabend, den 19. Mai, Abends 9 Uhr

### Oeffentliche Versammlung

im Gasthof Pieschen, Torgauerstraße.  
 Tagesordnung: 1. Mitgliederabstimmung. 2. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Einberufer.

### 5. Agitationsbezirk.

Entretender Umstände halber sind sämtliche Zuschriften in Agitationsfachen vom 14.—29. Mai an O. Seebald, Dreher, Dresden-Pieschen, Mohlnstr. 11 I. zu richten. Nach oben genannter Zeit tritt die frühere Adresse wieder in Kraft.

D. Joha.

Kronach. Sonntag, den 13. Mai findet im Vereinslokal Magold

### Theater und Familienabend

verbunden mit Gesang und humoristischen Vorträgen  
 statt Anfang Abends 8 Uhr. Erree 20 Pf.  
 Die Mitglieder und Familienangehörigen werden hierzu freundlichst eingeladen.  
 Die Verwaltung.

Nürnberg. Die Zahlstelle veranstaltet am 20. Mai

### Ausflug nach Rothenberg

zu dem hierdurch an alle Mitglieder die höflichste Einladung ergeht. Diese Partie ist bekanntermaßen eine sehr lohnende und verspricht recht amüsant zu werden, wenn die Mitglieder recht zahlreich mit ihren Familien sich daran betheiligen.

Die Zulimienkunft findet am Zentralbahnhof früh 5 Uhr, 15 Min. statt, worauf bis Schnaittach der Rorortzug 6,18 Uhr benützt wird. Die im Osten der Stadt wohnenden Genossen mögen am Ostbahnhof den Zug um 6 Uhr 18 Min. erwarten und sich daselbst anschließen.  
 Das Komitee.

Waldenburg, Altwasser und Umgegend!

Sonntag, den 13. Mai, Nachmittags 3 1/2 Uhr:

### Große Volksversammlung

für Männer und Frauen im Saal des „Gasthof zum deutschen Kaiser“ (früher Alex) in Ober-Hermsdorf bei Waldenburg.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl und die Gewerkschaften.
  2. Verschiedenes.
- Ref.: Reichstagsabgeordneter Dr. Schönlanke.  
 Zahlreiches Erscheinen, auch der Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen, ist dringend erwünscht.  
 Der Einberufer

### Achtung!

Die Situation in Kahlta erfordert, dass die Berufsgenossen eventuelle Arbeitergesuche in den keram. Blättern vorläufig vollständig ignorieren!

feinen freien Willen haben darf, sondern arbeiten muß, solange es verlangt wird, damit ihr Recht nicht geschmälert wird. Es fanden sich aber trotz dem Verbot der Fabrikanten gegen 100 organisierte Porzellanarbeiter an dem bestimmten Sammelpfad zu einem gemeinsamen Spaziergange ein, über Löbichau, Klein-entersdorf, Freienort nach Maschhausen. Dasselbst trafen dann noch eine Anzahl Genossen ein, und verlief die Feier in schönster Harmonie. Auf dem Maschhausenwege fand sich dann in Großentersdorf der Wachtmeister Wase aus Kahla ein, um den Mai-Masflüglern seinen polizeilichen Schutz angedeihen zu lassen. Gelegenheit zum Eingreifen fand sich für die heilige Hermandad nicht. Abends vereinigte sich dann die Arbeiterschaft, welcher es unmöglich war, durch Arbeitsruhe für den Achtstundentag zu demonstrieren, zu einem Konzert im Rosengarten.

Den andern Tag kam es anders, einige Arbeitgeber glaubten ihren Arbeitern gegenüber ihre Autorität geltend machen zu müssen. So sperrte der Malereibesitzer Herr Anton Bauer diejenigen Arbeiter, welche sich an der Maifeier-Demonstration beteiligten, einfach aus. Der Herr Bauer war nun früher auch bloß einfacher Porzellanmaler, jetzt ist er aber durch den Fleiß seiner Arbeiter in die Lage gesetzt worden, sich eine burgähnliche Villa zu bauen, wo er ein ganz behagliches Dasein führt.

Auch Herr Lehmann glaubte, es nicht ungestraft hingehen lassen zu dürfen, daß ein Theil seiner Arbeiter ohne seine hohe Genehmigung sich erlaubt hatte, am 1. Mai einen halben Tag zu feiern. Des andern Morgens stand er mit wachsamem Auge auf dem Fabrikhof und prüfte das Einpässiren der Arbeiter, diejenigen, welche einige Minuten nach 6 Uhr kamen, erhielten von Herrn Lehmann eine Strafpredigt für ihr spätes Erscheinen. 5 Dreher, welche sich auch hatten gelüsten lassen zu demonstrieren, den andern Tag aber erst nach 1/4 7 Uhr erschienen, gab er Gelegenheit, sich richtig auszuschlafen, indem er sie für den 2. Mai nicht arbeiten ließ. Die Dreher ihrerseits haben nun eigentlich keine geregelte Arbeitszeit, indem ein Theil von Früh 6 bis Abends 6 Uhr, der andere Theil von Früh 7 bis Abends 7 Uhr arbeitet.

Jedenfalls hat das Vorgehen der Arbeitgeber den Arbeitern die Augen geöffnet, wie die Arbeiterfreundlichkeit aussieht, und werden sie sich durch das Verhalten der Fabrikanten nicht abhalten lassen, im nächsten Jahre in noch viel größerer Anzahl am 1. Mai für den Achtstundentag zu demonstrieren. Von Hermsdorf war in Nr. 18 bereits ein Bericht enthalten, wonach auf die Arbeitsruhe von der Zahlstelle verzichtet wurde, weil die nötige Einigkeit nicht vorhanden war. Nun wollen aber doch mindestens am Abend die Hermsdorfer etwas vom 1. Mai haben und wollten eine Abendunterhaltung machen, welche beim Landrath angemeldet wurde. Ob eine Erlaubniß zu solch einer Unterhaltung nach den Gesetzen des herzoglich sächsisch-altenburgischen Staates gehört, auch wenn unsere dortige Zahlstelle seitens des Gerichtes zu Altenburg als eine „politische“ erklärt worden ist, können wir im Augenblick nicht ermessen, aber sehr gefährlich muß diese Zahlstelle auf den Bestand dieses Staates Sachsen-Altenburg einwirken oder es wird dies wenigstens „oben“ angenommen, wie folgender Akt an den Anmelde der Abendunterhaltung beweist:

In den Vorstehenden der Zahlstelle der Porzellanarbeiter etc. Auf Ihre Eingabe vom 27. v. Mts., die Abhaltung einer Abendunterhaltung betreffend, eröffne ich Ihnen, daß ich die obliche Bescheinigung nicht ausfertigen kann und die Zusammenkunft unter Androhung einer

Selbststrafe bis zu 150 Mk. für den Fall der Zuwiderhandlung anordnen verbleibe,

a) da Fremde eingeladen werden sollen, was bei dem von dem Verein in dieser Beziehung bisher beobachteten Verfahren die Zusammenkunft zu einer öffentlichen erhebt,

b) da, auch wenn dies nicht der Fall sein könnte, der Verein schon in seiner Eigenschaft als politischer Verein verpflichtet ist, außer Ort und Zeit der Versammlung auch den Zweck derselben anzugeben (§ 2 der höchsten Verordnung vom 28. Januar 1898) was im vorliegenden Fall nicht geschehen ist, indem weder angegeben ist, ob es sich bezüglich des „Musterpaffens“ und der „Maifeier“ um Theaterstücke oder Vorträge pp. handelt, noch wenn dieselben sind, wer dieselben oder die „Vieber“ vortragen wird,

c) weil auch „erwachsene Angehörige“, also wahrscheinlich Minderjährige, Zutritt haben sollen, was bei politischen Vereinen unzulässig ist,

d) weil aus der angegebenen Programmnummer „Der Musterpaff“ geschlossen werden muß, daß öffentliche Angelegenheiten in geschäftiger, die öffentliche Ordnung gefährdender Weise zur Verhandlung gelangen sollen.

Roda, den 30. April 1900.

Herzoglich Sächsisches Landrathsamt.  
v. Kropff.

Die Unterhaltung ist nun aber abgehalten worden; es scheint dabei ja auch alles glatt abgegangen und keineswegs der Bestand des altenburgischen Landes gefährdet worden zu sein, sodaß wohl der Landrath sich in die Sache finden wird.

In böhmischen Zeitungen, so im „Nordböh. Volksboten“, lesen wir, daß die Genossen zu den Maifeiern eingeladen wurden, wobei Tagereise, Umzüge, ja Völlerschicken im Programm aufgeführt wurden. Herr Gotte doch, wenn im deutschen Reich etwa gar auch noch die Maidemonstrationen mit Völlern puffen wollten? Das gäbe ja etwas Schönes, mit der Herrlichkeit des deutschen Reiches wäre es dann wohl vorbei.

In Tiefensfurt vergnügten sich die Genossen Nachmittag bei einem gemeinschaftlichen Spaziergang und Abends mit Kommers und Ball.

In Neuhaldeleben hatte das Gewerkschaftskartell am Abend des 1. Mai ein Konzert arrangiert, zu dem von 120 organisierten Porzellanern nur ca. 15 anwesend waren. Sonntags war Frühkonzert und Ausflug, woran sich ca. 250 Personen beteiligten. Die Porzellaner konnten auch hieran verhältnismäßig zahlreicher sich beteiligen, es scheint aber nach alledem, daß sie an der „Neue“ der Arbeiterbewegung marschieren wollen.

In Nossen unternahm das Malerpersonal einen gemeinschaftlichen Spaziergang. Abends war vom Arbeiterverein „Volkswohl“ ein gemüthliches Beisammensein arrangiert.

Die Genossen in Bonn-Roppelsdorf haben am Abend des 1. Mai denselben gefeiert. Am Sonntag, den 6. Mai machten die sämtlichen Bonner Gewerkschaften einen Ausflug nach Jppendorf.

In Geschwenda ist zum ersten Male der Arbeiterweltfeiertag gefeiert worden und zwar durch eine Abendunterhaltung mit Musik und Feste. Es wird mitgeteilt, daß die ganze Ortsbehörde auf den Beinen war, um zu verhüten, daß an den Grundvesten des dortigen Staates auch nur im Geringsten gerüttelt würde, und scheint ja auch alles glatt und ohne Gefahr abgegangen zu sein. Bedauert wird, daß die in Blaue arbeitenden Kollegen, die hier wohnen, sich nicht hier anschließen, um den Versammlungen beiwohnen zu können.

In Waldenburg und Umgegend hat die Feier einen würdigen Verlauf genommen. Die zum Abend des 1. Mai nach Neuzendorf bei Wehrauch (das einzige Lokal, welches den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung steht) stattgefundene Versammlung war von ca. 600 Personen besucht, und auch unsere Verbandsgenossen aus dem Reich waren zahlreicher als sonst vertreten. Der frühere Reichs-

tags-Abgeordnete Sachse (er hat sein Mandat vor der beantragten Ungültigkeitserklärung niedergelegt) hielt einen mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. Sonntags hatte das Gewerkschaftskartell eine Maifeier in Neuzendorf arrangiert und war dieselbe von ca. 2000 Personen besucht. Der Festzug bewegte sich von Altwasser mit Musik nach Neuzendorf. Die Porzellanarbeiter waren zahlreich vertreten. Es wird erwartet, daß das Lokal von Wehrauch bei Musikgen und Spatzgängen von allen Genossen berücksichtigt wird.

In Meissen haben ca. 200 Personen sich Nachmittags an einem Spaziergang beteiligt. Abends am Kommers, welcher überfällig war. Goldstein hielt einen ausgesetzten Vortrag, der brausenden Beifall fand. Leider waren die Porzellanarbeiter wenig vertreten; den Kollegen in Neumarkt-Meißen war von der Geschäftsleitung die Maifeier durch Arbeitsruhe untersagt, auch wollten sie den 1. Mai nicht feiern und hatten eine Agitation besorgt (und damit wohl auch für die Verkürzung der Arbeitszeit) für zwecklos. Die Firma G. Teichert in Gölln-Meißen läßt den Drehern und Malern in anerkannter Weise vollständige Willensfreiheit, zum davon nicht Gebrauch gemacht wird, nun — wir wollen uns dazu nicht äußern, da unsere unheilbige Bemerkung in Nr. 17 anscheinend schon genug verschmüpft hat. Der Ausflug nach Roda schickte sich auch nur wenige Porzellanarbeiter.

Geht es auch langsam, vorwärts geht es mit der Ausbreitung der Idee, die der Maifeier zu Grunde liegt trotzdem, und was an uns liegt, die Porzellanarbeiter auf ihre Pflicht hinzuwirken, sich ebenfalls in den Dienst dieser Idee zu stellen, soll geschehen. Wir glauben, auch mit Rücksicht auf die eben in Berlin veranstalteten gewöhnlichen Festlichkeiten zu Ehrung von Potentaten, diesen Frittel am besten schließen zu können, indem wir die Worte einer bürgerlichen Zeitung, der Berliner „Volkszeitung“ folgen lassen:

„Wahrlich, wir begrüßen in Abstracht all dieser Verhältnisse immer wieder von neuem die Idee eines allgemeinen Feiertags zur Verlängerung der Arbeitszeit, so oft der 1. Mai herannahet und in den Tagen von Millionen fleißiger Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder die Sehnsucht nach einer Milderung in der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft lebendig wird und nach Ausdruck ringt! Kann in dieser Sehnsucht nicht sich das brennende Verlangen nach einer menschlicheren Ausgestaltung unserer gesamten Kulturverhältnisse, nach einer Hebung der Lebensformen der breitesten Volksschichten. Diese Sehnsucht will herunterlangen vom Himmel die ewigen Rechte auf Theilnahme an den Errungenschaften der Kultur! Eine große, schöne begeisterte Idee ist es, Millionen von Menschen zusammenzuführen zu dem Kultus dieses Kulturgebantes. Wer sich der ethischen Wucht dieser Idee verschließt, den bedauern wir, weil seiner Seele das Organ für die irdische Würdigung eines erhabenen sozialen Gedankens fehlt.“

Wie viele prunk- und geräuschvolle Feste wird der Deutsche zu feiern gewöhnt, die an stülicher Bedeutung weit zurückliegen hinter dem großen Gedanken eines ausreichenden Arbeitertages! Wie viele Arbeiter werden auf Grund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit gezwungen, mancherlei Feste dieser Art mitzufeiern, von denen ihr Herz nicht voll ist? Will man den deutschen, will man allen andern Arbeitern verwehren, sich um einen Festgedanken zu kümmern, der eine begeisterte Kraft von elementarer Gewalt in sich birgt?

Sowohl Hunderttausende von werthlosen Arbeitern müssen am 1. Mai im Dienste der Pflicht ausbarren, ohne daß sie die Ferkunde schlägt. Sie werden aber darum von den feindlichen Gedanken nicht minder erfüllt sein, als die Kameraden, die sich den Tag fern der Werkstatt und der werthvollen Handlung festlich zu gestalten vermögen. Noch sind die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht darauf zugeschnitten, daß eine allgemeine Feier des preiswürdigen Festgedankens durchführbar wäre. Aber unbenommen bleibt es jedem aufrichtigen Kulturfreund, jedem ehrlichen Freund der ehrlichen Arbeit, auf die erhebende und befreiende Kraft der Idee hinzuweisen, aus welcher die Maifeier ihren Ursprung herleitet."

### Zur Mitgliederabstimmung.

**Golditz.** Mit Bezugnahme auf den Artikel mit obigem Titel in voriger Nr. der „Ameise“, kann Einsender dieses nicht unterlassen, einige Punkte davon in einem andern Lichte zu beleuchten. Hierbei ist als Erstes zu bemerken, daß das diesmalige unfreiwillige Feiern einer größeren Anzahl Verbandsmitglieder, mit anderen, öfter vorkommenden Feierangelegenheiten auf keinen Fall verglichen werden darf, und dieses Feiern als eine ganz besondere Ausnahme angesehen werden muß, weil hierbei die betreffenden Verbandsmitglieder einerseits ganz unverhofft, und auf eine erst nicht geahnte lange Dauer arbeitslos wurden, andererseits die sonstigen Feierzeiten (Saventur, Weihnachten, Ostern oder Pfingsten je eine Woche, Hochwasser fast alle Jahre) stets sich mit einstellen, ohne daß ein Mitglied sich dagegen hätte beschweren können, oder daß die Zahlstelle in derartigen Feierzeiten sich um Unterstützung an den Hauptvorstand gewendet hätte. Daß nun diesmal eine Mitgliederabstimmung perfekt wurde, lag hauptsächlich an den damaligen Zahlstellenversammlungen, welche auf Antrag des Hauptvorstandes darüber beschließen sollten, wieviel sie von den innehabenden 15 pCt. ihrer Zahlstellenklassen, den anlässlich des Bergarbeiterstreiks feiernden Verbandsmitgliedern zukommen lassen wollten, und hätten sämtliche Zahlstellen ihre 15 oder auch nur 10 pCt. des betreffenden Fonds für diesen Zweck geopfert, so hätten die Mitglieder in den betreffenden Orten es nicht nötig gehabt, ihre Vorstandsmitglieder immer und immer wieder, theils bescheiden, theils energisch werdend, anzugehen: Sieht denn in dieser langandauernden Feierangelegenheit der Verband gar keine Unterstützung weiter, warum schreibt ihr nicht nach Berlin! und die Verwaltungsmitglieder, welche sich wohl bewusst waren, daß statutarisch nichts zu erhoffen war, sie mußten nach Lage der Sache zu dem ihnen übrigbleibenden Ausweg greifen, durch Verbindung mit 5 Zahlstellen eine Mitgliederabstimmung zu Stande zu bringen suchen. Daß sich die erforderlichen Zahlstellen schnell fanden, war leicht erklärlich, indem weit über die nötige Zahl Orte von dem Kohlenstreik, bezw. dessen Folgen, betroffen worden waren. Jedem nun hierdurch den Verbandsmitgliedern einige den Thatsachen entsprechende Ursachen der im Umlauf befindlichen Mitgliederabstimmung zu wissen gethan worden sind, so sollen diese Zeilen keineswegs den Charakter irgend welcher Beeinflussung haben, und wird das Endergebnis am 27. Mai a. c. die etwa gehegten Hoffnungen der betroffenen Verbandsmitglieder erfüllen oder nicht.

Der Einsender schreibt in Nr. 17 (ohne persönlich werden zu wollen) daß die Verbands-

mitglieder von Meißen und Golditz, niemals ernstliche Angriffe unternommen hätten, um mit Hilfe der Organisation ihre Lebenslage zu verbessern, trotzdem gerade in diesen Orten eine Organisation schon lange bestünde, und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die denkbar schlechtesten geworden seien. Daraufhin muß Golditz bemerken, daß der pp. Einsender von Nr. 17 die hiesigen Verhältnisse scheinbar nur oberflächlich kennen muß, denn, daß die allgemeinen Arbeits- und Lohnverhältnisse auch hier nicht mehr so sind, wie früher, kann nicht bestritten werden, jedoch trifft dieser wirtschaftliche Rückgang nicht bloß hiesigen Ort, sondern auch fast alle anderen Zahlstellen des Verbandes, sowie noch viele andere, uns fremde Gewerkschaften, und ist also der von dem pp. Einsender gebrauchte Ausdruck „denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ wohl etwas übertrieben. Was nun das Interesse der hiesigen Berufsgenossen am Verband betrifft, so kann erfreulicherweise konstatiert werden, daß sich die Mitgliederzahl hierorts alljährlich vergrößert hat, und daß der Besuch der nach Bedarf stattfindenden sogenannten Agitationsversammlungen, ein zufriedenstellender genannt werden kann.

### Versammlungsberichte etc.

**Bahla.** Trotz der wichtigen Tages-Ordnung, welche die letzte Versammlung hatte, waren nur 170 Mitglieder anwesend. Handelte es sich doch um Mitgliederabstimmung und die Aussperrung der Baurischen Arbeiter. Betreffs der Mitgliederabstimmung ergab sich in der Diskussion, daß die Ansicht sich geltend mache, unsere Verbandsasse durch Unterstützung bei Feiern nicht zu schwächen, da uns ein starker Kassenbestand bei etwaigen Streiks und uns Aussperrungen noch thut. Es stimmten bei Frage I 170 gegen, Frage II 170 für und für die Frage III 170 gegen. Hierauf erstattete ein Mitglied der Agitations-Kommission Bericht über die bisherige Thätigkeit derselben. Redner führte aus, mit welchen Schwierigkeiten dieselbe zu kämpfen hat, der ganze Bezirk zählt 2821 Porzellanarbeiter, davon sind organisiert 911. Es bleibt also noch eine ziemliche Aufgabe zu lösen übrig. Es macht sich auch der Mißstand bemerkbar, daß 2 Orte, Triptis und Blankenhain, dem Bezirk angehören, in welchem Herr Luge v. Wurmb seine sozialisten- und gewerkschaftstötende Thätigkeit entfaltet. So fand z. B. eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung in Blankenhain statt, welche nur unter den Bedingungen stattfinden durfte, daß sich der Einberufer verbürgte, daß keine persönlichen Beleidigungen seien, resp. keine Namen genannt und nur Porzellanarbeiter zugelassen würden. Es wurden in Blankenhain durch die Agitation der dortigen Genossen 20 Mitglieder gewonnen. In Uhlstädt fand ebenfalls eine öffentliche Versammlung statt und war das Ergebnis, daß sich innerhalb kurzer Zeit 22 Kollegen anmeldeten. Auch in Triptis versuchte die Agitations-Kommission Anknüpfungen, und gelang es auch dort eine Anzahl von Kollegen zu gewinnen, durch den Terrorismus der Fabrikleitung ist es aber unmöglich eine Zahlstelle zu gründen. Im weiteren Verlaufe kam dann die Aussperrung bei Baur zur Sprache, und haben die Arbeiter hierauf die einzig richtige Antwort gegeben, indem sie, nachdem Herr Bauer die Aussperrung allergnädigst zurücknahm, ihm verschiedene Forderungen überreichten, unter Anderem Lohnertöhung von 15-30 pCt., Verkürzung der Arbeitszeit, humane Behandlung. Es ist dies charakteristisch für genannten Herrn, eine Forderung um humane Behandlung im Zeitalter der Humanität stellen zu müssen. Die Schroffheit des Genannten ist stadtbekannt, und man glaubt eher auf einem Kasernenhofe, als in einer Malerei zu sein. Herr Bauer machte bis jetzt so minimale Zugeständnisse, daß es seinen Malern unmöglich ist, unter diesen Bedingungen in das Eldorado zurückzukehren. Beim Schreiben dieser Zeilen erzählt Schreiber dieses, daß B. erklärte, wenn die Arbeiter nicht zur Arbeit kommen, er ihnen ihre Papiere sendet und jede Verhandlung mit ihnen abbricht. So ist denn durch das Verhalten des Herrn Bauer der Streik herausbeschworen worden, mögen nun die Arbeiter treu und fest zusammenstehen. Es kommen in Frage 23 Familienmitglieder mit 49 Kindern und 8 ledige Maler. Betrachtet man sich die erste Forderung, so muß man sich eben wundern, wie Bauer sich so ablehnend verhalten kann, denn 21 Mk. beträgt der höchste, 13 Mk. der niedrigste Verdienst. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung bedauert, daß Herr Anton Bauer auf Grund des habidigen Feierns am 1. Mai

eine Kraftprobe angestellt hat, indem er seine Arbeiter aussperrte, und wird erwartet, daß, nachdem nun die Kollegen dort Forderungen gestellt haben, sich Keiner findet, der den Arbeitern in ihren berechtigten Forderungen durch Arbeitsangebot in den Rücken fällt.“ Hieran anknüpfend entspann sich dann eine sehr lebhaft Debatt über die freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit und wurde recht eingehend kritisiert, auch das Blaumachen wurde allgemein verurtheilt, da durch Ueberarbeit einerseits und Blaumachen andererseits unsere Verdienstverhältnisse nicht gehoben werden. Die Debatte konnte, da die Zeit zu weit vorgeschritten war, nicht zu Ende geführt werden, und soll daher die Frage betreffs Regelung der Arbeitszeit auf die Tages-Ordnung der nächsten Versammlung gestellt werden. Der Vorsitzende streifte dann die Haltung des Vorstandes des keramischen Verbandes, welcher glaubt, unter den jetzigen Verhältnissen eine Verständigung mit unserem Verband nicht zu erzielen, und ermahnt die Anwesenden in einem kräftigen Appell, mehr als bisher über Arbeits- und Verdienstverhältnisse in den Versammlungen zur Sprache zu bringen, überhaupt bei der jetzt sehr günstigen Konjunktur zu versuchen, eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen.

**Potsdam.** Am Montag, den 29. April tagte in Runahs Restauration in Deuben eine öffentliche Porzellanarbeiterversammlung. Gen. P. Starke-Dresden behandelte als 1. Punkt das Thema: Das neue Alters- und Invalidengesetz in einstündiger Rede in ausführlicher Weise. Als 2. Punkt stand der Antrag Meißen zur Beratung. In nachfolgender Debatte sprachen sich sämtliche Redner gegen den Antrag aus. Es wird hauptsächlich hervorgehoben, daß der Antrag weiter nichts als die schon früher bestandene, den Verband schwer geschädigte Feuerunterstützung bedeutet und mit den wahren Aufgaben der Organisation unvereinbar ist. Demgemäß wird der Antrag fast einstimmig abgelehnt und an die nächste Generalversammlung verwiesen. Weiter gelangt eine Postkarte vom Verbandskassierer zur Besprechung, wonach derselbe erklärt, er könne, durch weiteres Fernbleiben von den Vorstandssitzungen gezwungen, die Aufnahme von zwei neuen Mitgliedern nicht bewirken, da der Vorstand die Anmeldung durch Vermittlung des Herrn Schneider abgelehnt hätte. Die Versammlung protestirt gegen das statutenwidrige Verhalten des Kassierers, da es durch dasselbe nicht mehr möglich ist, Mitglieder statutengemäß aufzunehmen. Sie erklart darin eine schwere Schädigung der Verbandsinteressen und verlangt vom Vorstand sofortige Abhilfe. Als letzter Gegenstand kommt die dreijährige Karenzzeit für Streikbrecher zur Sprache. Es ist die Ansicht der Anwesenden, daß diese gewiß hohe Strafe die Agitation in gewaltigem Maße hemmt und erschwert, was durch mehrere Beweise dargelegt wird. Nicht immer sind es schlechte Charaktere, sondern mancher glaubt, wie es im hiesigen Streik der Fall, nach zehnwöchigem Ausschalten, durch besondere Noth und Umstände getrieben, den verhängnisvollen Schritt thun zu müssen. Folgender Antrag gelangt einstimmig zur Annahme: „Einmalige Streikbrecher werden von jetzt ab mit zweijähriger Karenzzeit aufgenommen.“ Die Zahlstellen werden ersucht, Stellung hierzu zu nehmen, um eventuell eine Mitgliederabstimmung herbeizuführen.

### Literarisches.

„In Freien Stunden“, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Bg. Lieferung 15 und 16 sind soeben erschienen und enthalten die Fortsetzung des spannenden Romans „Das Erbe des Rabob.“ Ferner die feuilletonistischen Skizzen „Wie Frauen leben“ und „Nicht empfundene Schande“.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stätte zu bereiten an Stelle der oft so werthlosen bürgerlichen Unterhaltungsliteratur, die durchgängig theurer und schlechter ist als „In Freien Stunden“.

In Heft 19 beginnt ein neuer ergreifender Roman „Der Bienen-Junker“ von P. Baring-Gould, der das Schicksal des armen, geistig höher stehenden Weibes in der Ehe mit einem rohen Mann schildert, ihren Kampf und schließlichen Untergang. Illustriert ist dieser Roman mit prächtigen Federzeichnungen von J. Staken, die zu den besten zählen, welche bisher in den „Freien Stunden“ erschienen.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von Mk. 1,20, Postzeitungskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Bg.-Hefte an. Man versuche es wenigstens mit einem Probe-Abonnement auf „In Freien Stunden“.

Den Parteigenossen, die in Fabriken und Werkstätten Abonnenten sammeln wollen, sendet die Verlagsbuchhandlung auf Verlangen Sammelmaterial gratis und franko.

**Lukrative Frauenarbeit.**

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn wir des Bangen und Dretten darlegen wollten, wie im Allgemeinen heutigen Tages der Kapitalismus bestrebt ist, die immerhin noch etwas theuere Männerarbeit, da wo es angeht, zu verdrängen und die Frauenarbeit zu kultivieren. Die statistisch festgestellte Zunahme der Frauenarbeit in fast allen Industrien liefert den Beweis, daß heute das Wort: Die Frau gehört in das Haus, nicht mehr zutrifft. Der geringe Verdienst des Mannes zwingt einfach auch die Frau in das Joch der Fabrikarbeit; erst am letzten Freitag sagte bei der Verathung der Novelle zu dem Unfallversicherungsgesetz der Abg. Fischer-Sachsen: „Die Fälle, in denen Frau und Mann das gleiche verdienen müssen, sind durchaus keine Ausnahme, sondern bilden in vielen Fabriken die Regel. Sehr häufig heirathen die Leute gerade, weil sie in einer Fabrik zusammen arbeiten und bleiben in dieser Stellung bis an ihr Lebensende.“ Das gilt für die Frauen, die Mädchen werden natürlich in weit größerem Maßstab zu der industriellen Arbeit herangezogen und ganz besonders einschneidend wirkt diese Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft auf die Gestaltung der Verhältnisse in der Porzellanindustrie.

Darüber kann natürlich kein Streit entstehen, daß man dem weiblichen Geschlecht etwa die Arbeit in der Industrie unmöglich machen sollte oder auch nur könnte. Und der große Theil der Mädchen, die ihre Hände fleißig bei der Arbeit rühren ist gegenüber jenem Theil, der die diversen Sports der sogenannten noblesse betreibt, ungleich höher für die Weiterentwicklung der Kultur anzuschlagen und sie können bedeutend mehr Achtung beanspruchen als die Dämchens, die morgens sich zu Pferde setzen und in „gleichwerthiger“ Herrengesellschaft die Zeit todtschlagen, die keine andere Beschäftigung und Sorge haben, als bei Bällen, Soireen und damit zusammenhängenden tête-à-tête recht interessant zu erscheinen.

Die Entwicklung der Industrie hat es zu Wege gebracht, daß die Frauenarbeit auch gar nicht zu entbehren ist und das ab und zu auch in unseren Kreisen auftretende Verlangen, den Unternehmern vorzuschreiben, keine Arbeiterinnen einzustellen, ist einfach nicht berechtigt. Es soll dem weiblichen Geschlecht vielmehr einschließl. den jetzt reitenden und tanzenden „Damen“ Gelegenheit gegeben werden, auch ihre von der Natur verliehene Arbeitskraft nützlich verwerthen zu können. Anläßlich der Verhandlungen über einen Antrag, der auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß (Zürich 1897) gestellt wurde und nach welchem jede Frauenarbeit in der Großindustrie abgeschafft werden sollte, sagte Debel dagegen: „So wenig Sie Eisenbahnen, Telephon, Telegraph und Dampfmaschinen besetzen können, so wenig die kapitalistische Großproduktion und in ihrem Gefolge die Frauenarbeit!“

Für uns kann es sich nur darum handeln zu erreichen, daß „für gleiche Arbeit gleicher Lohn“ auch den Frauen gezahlt wird, damit diese nicht übermäßig ausgebeutet, daß sie durch ihre billigere Arbeit den Männern nicht eine schädliche Konkurrenz machen. Wie liegt dies doch so sehr im eigensten Interesse auch des weiblichen Geschlechtes und wie theilnahmslos verhalten sich leider mit Ausnahme eines winzigen Theiles demgegenüber unsere „Weibsen“? Sie sind gesuchte Waare bei dem Unternehmer, weil sie billiger arbeiten als die

Männer, sie lassen sich mit Holzlöhnen abspissen und machen das Geschäft dadurch lukrativ.

Die „Lahrer Ofen- und Thonwaarenfabrik Karl Müller“ in Lahr ist eine jener, welche dies sehr gut einzieht, wie folgendes Schreiben an einen Maler beweist: „Ich habe die Malerei bereits seit 3 Jahren eingeführt, beschäflige zur Zeit aber nur 2 Arbeiter, möchte aber die Sache gerne erweitern und neben ca. zwei tüchtigen Malern, wovon einer die Leitung übernimmt, auch einige Mädchen führen behufs Ausgleichung des Arbeitslohnes, da mit männlichen Arbeitern allein die Malerei nicht lukrativ ist. — An Lohn bezahle 3—3,50 Mk. (wohlverstanden will dieser Herr tüchtige Maler. D. Red.) pro Tag, derselbe würde eventuell auch steigen, wenn mit Mädchen weiter arbeiten kann, d. h. die Sache gut geleitet würde, da an Mädchen viel an Lohn erspart werden kann.“

Ich ersuche vor der Hand um Mittheilung, ob Sie vielleicht auch da oder dort Mädchen wüßten, die hierherkämen; das Letztere ist übrigens nicht gerade nothwendig, da im Falle auch Mädchen hier beschaffen könnte; nur wären mir gelernte Mädchen für den Anfang lieber.“ Diese offenerzige Sprache ist köstlich, sparen will der Herr auf Kosten der Mädchen, für den Anfang möchte er gelernte, wenn andere dann auch angelehrt sind, schmeißt er die ersteren jedenfalls hinaus, die letzteren würden eben wohl noch lukrativer für das Geschäft sein.

Und so wie der Lahrer Herr kalkulirt und auf die billigeren weiblichen Arbeitshände spekulirt, nun, so werden im Allgemeinen unsere Herren Porzellan- und Steingutfabrikanten alle spekuliren.

Die Klagen über die nicht leichte Beschaffung weiblicher Arbeitskräfte ist ja nichts Neues, sogar auf der Generalversammlung des Verbandes keram. Gewerke in Deutschland, hat dies seinen Ausdruck gefunden.

Die Firma „Porzellanfabrik Kall in Eisenberg S.-A.“ scheint den Werth solcher billigeren Arbeitshände auch genügend zu würdigen, sie sucht in einem Kall'er Blatte gleich 30 Blaumalerinnen auf einmal; ob sich das Geschäft in der kurzen Zeit so gut entwickelt hat, daß neben den bereits dort beschäftigten Malerinnen noch 30 andere beschäftigt werden können oder ob etwa die Arbeiterinnen Eisenbergs mit Ansprüchen hervorgetreten sind, die einen lukrativen Erfolg nicht mehr garantiren und deswegen mit der Zeit kalt gestellt werden sollen?

Jedenfalls aber könnten Briefe, wie der von Lahr, den in unserem Berufe arbeitenden Frauen und Mädchen einen Fingerzeig geben, wie sie für die Zukunft ihre Arbeitskraft verwerthen können. Wie lassen sich oft die Arbeiterinnen mit wahren Hungerlöhnen abspissen, wie leicht insbesondere geben sich die Arbeiterinnen dazu her, trotz ihrer schwächeren körperlichen Konstitution über die gewöhnliche an sich schon lange Arbeitszeit hinaus, noch zu schuften und ihre Arbeit nicht für sich, wohl aber für den Herrn Unternehmer lukrativ zu gestalten.

Wohl können die Frauen und Mädchen, die in der Porzellanerei beschäftigt sind, mit Recht entgegen: ach was, ihr Männer laßt euch ja auch drücken, ihr lebt auch zum großen Theile in den Tag hinein und thut nichts, um bessere Verhältnisse zu schaffen — leider ist das in vielen Fällen nur zu wahr — aber doch wird das Ausbeutungssystem an den

Arbeiterinnen ungleich noch mehr ausprobt als bei den Männern und gerade mit Rücksicht auf die Bevorzugung der weiblichen Arbeitskraft in jüngerer Zeit müßten die Arbeiterinnen doch endlich zur Einsicht kommen und gemeinsame Sache mit den Männern machen, sich der Organisation anschließen und mitämpfen um Erzielung besserer Zustände.

Wenn vorläufig in allzugroßer aber mit Rücksicht auf die vorläufig noch zu schwache Organisation erklärliche Bescheidenheit, von den Männern im Allgemeinen der Achtstundentag nur erstrebt wird, für die Frauen und Mädchen ist eine achtstündige Arbeitszeit schon überlang genug.

Für gleiche Arbeit, gleichen Lohn! Dies, Arbeiterinnen, muß euer Wahlspruch sein. Im Uebrigen bezieht den folgenden Artikel und handelt danach.

**Warum fordern die Proletarierinnen den Achtstundentag?**

Diese Frage wird in Nr. 3 der „Gleichheit“ folgendermaßen beantwortet:

Mit jeder Waise mehrert sich die Zahl der proletarischen Frauen und Mädchen, welche willensklar und willensstark der kapitalistischen Welt die Kampfzorderung entgegenrufen: Her mit dem Achtstundentag! Kein Wunder das. Die Forderung des Achtstundentages ist mehr wie jede andere Reformforderung dazu angethan, die proletarischen Frauen in Bewegung zu bringen, ihre Sympathie zu gewinnen, ihr Klassenbewußtsein zu wecken, sie als tapfere Mitstreiterinnen dem Kampfe ihrer Klasse für Menschenrecht gegen Kapitalgewalt zuzuführen. Denn so unabweisbar auch die Lage des gesamten Proletariats den Achtstundentag fordert — die große Stärkung für den Kampf um seine volle Befreiung — so hat doch keine Schichte der Ausgebeuteten und Beherrschten ein so unmittelbares, zwingendes Interesse an der geheißenen Verkürzung der Arbeitszeit, als gerade die Proletarierinnen.

Die moderne Produktionsweise hat das frühere wirtschaftliche Thätigkeitsgebiet der Frau im Hause zerstört. Die Proletarierinnen hat sie damit nicht von Arbeitsmühen entlastet. Umgekehrt, sie hat ihnen neue, schwerere Plagen aufgebürdet. Die proletarische Frau wird in ungezählten Fällen zur Lohnknechtin, die in Werkstatt und Fabrik oder bei der traurigen Heimarbeit fremden Reichthum frohndien muß. Gleichzeitig aber blieb sie die Hausknechtin, der in der Familie und für die Familie eine Menge wirtschaftlicher Verpflichtungen obliegen, von ihren stülichen Aufgaben dabeilist zu schweigen. Die eigene Noth, wie die Proletarier des Unternehmertums duldet nicht, daß sie das Schaffen für den Broderwerb hintenansetzt. Die Pflichten gegen Mann und Kinder will sie nicht vernachlässigen. So läutet ihr die Fabriklocke nicht zum Feierabend, sie ruft sie zu anderen Arbeitslasten, die sie nicht nach dem Beispiel der reichen „Mitschwestern“ auf bezahlte Meidelpersonen abzuwälzen vermag. Ihr Arbeitstag hat keine Grenzen, er dehnt sich über den Abend bis tief in die Nacht hinaus aus, oft, sehr oft reicht er bis zum dämmernden Morgen. Den zehnfachen Pflichten sucht sie zu genügen auf Kosten ihrer Nachtruhe, ihrer Gesundheit und Lebenskraft.

Der Schweizer Fabrikinspektor Dr. Schuler hat schon vor Jahren den jüfferamäßigen Nachweis erbracht, daß auf die Fabrikarbeiterinnen seines Landes mehr Fälle von Erkrankungen, eine größere Zahl von Kranken-

taxen und eine höhere Sterblichkeit pro Jahr entfallen, als auf die Fabrikarbeiter. Auch in anderen Ländern, wo die Proletarier im kapitalistischen Joch robotet, zeigt sich die nämliche Erscheinung. Das lehren die Berichte der Krankenkassen, das bestätigen die Beobachtungen der Ärzte und Hygieniker. Gewiß, die Tatsache erklärt sich zum Teil dadurch, daß der weibliche Organismus in höherem Grade als der Körper des Mannes für die schädlichen Einflüsse der heutigen kapitalistisch ausgebeuteten Industriearbeit empfänglich ist. Aber zum anderen Teil wird sie dadurch bedingt, daß die Kräfte der Frau nach zwei Seiten hin in Anspruch genommen werden, daß die Berufsarbeiterin — auch die ledige — für häusliche Verrichtungen Stunden aufwenden muß, die der Mann der Erholung und Ruhe zu widmen vermag.

Bei dieser Sachlage ist der Achtstundentag für die Proletarierin von besonderer Bedeutung. Er verkürzt beträchtlich die Zeit, während der sie bei ihrer Berufstätigkeit gesundheits-schädlichen Einflüssen ausgesetzt ist. Er giebt ihr die Möglichkeit, ihre Pflichten als Gattin und Mutter zu erfüllen, ohne daß sie mit übermenschlicher Willensenergie die letzten Fünkchen ihrer Kraft aus sich herauspressen muß. So bedeutet er für sie in noch höherem Maße als für den Mann eine Ersparnis an ihrem einzigen Kapital, der Gesundheit der Lebenskraft.

Mag heutigen Tages die dem Kapital zuzuführende Proletarierin auch ihre Kraft bis auf's Äußerste anspannen, mag sie Nachtruhe und Sonntagstraß dem Scheuern, Plücken, Waschen u. opfern, um der Familie ein trauliches Heim zu bereiten, mag sie sich alle Mühe geben, um dem Manne eine verständnisvolle Gefährtin, den Kindern eine liebevolle, fürsorgliche Mutter zu sein; meist wird sie für die Familie nicht zu leisten vermögen, was sie für sie leisten sollte und von Herzen gern leisten möchte. Das Kapital giebt der Frau erst dann der Familie zurück, wenn es den größten Teil ihrer Zeit, den besten Teil ihrer Kraft aufgefangt und in blinkenden Profit verwandelt hat. Die Folgen hiervon schreien zum Himmel in Gestalt der erschreckend hohen Sterblichkeit der Proletarierkinder zarten Alters, des Siechtums und der Schwächlichkeit des überlebenden Nachwuchses, der großen Zahl von Unglücksfällen unbeschäftigter Kleiner, der raschen Zunahme der jugendlichen Verbrecher.

Der Achtstundentag wirkt diesen furchtbaren Erscheinungen entgegen. Dadurch, daß er der Proletarierin etliche Stunden freier Zeit, große körperliche und geistige Frische bringt, ermöglicht er ihr höhere Pflichtleistungen als Gattin und Mutter. Zugleich giebt er ihr ein Stück von den Freuden des Familienlebens zurück, die ihr das Kapital gegenwärtig fast vollständig raubt.

Neue, schwerwiegende Aufgaben hat das moderne Wirtschaftsleben für die Proletarierin gestellt. Es hat sie hineingeschleudert in die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe unserer Tage. Sie muß sich dem ausbeutenden Kapital gegenüber ihrer Haut wehren, ihre Lebensinteressen gegen seinen Werwolfappetit nach Profit verteidigen. Das kann sie nur thun, wenn sie Theil nimmt an dem Ringen ihrer Klasse, wenn sie aufgeklärt, organisiert auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet gegen das Ausbeutertum und gegen die Gesellschaft der Ausbeutung kämpft. Je rückständiger die Proletarierin betreffs ihrer sozialen Erkenntnis noch ist, um so dringender bedarf sie der Bildung; je schwächer die einzelne Arbeiterin sich gegenüber der kapitalistischen Uebermacht erweist, um so dringender bedarf sie der Organisation. Um aber die

nötige Schulung und Macht zu gewinnen, um lernend und wirkend am Vereins- und Versammlungsleben theilzunehmen, dazu bedarf die Proletarierin eines Ueberschusses an Zeit, geistiger Frische und Willenskraft über das Maß dessen hinaus, was die alltäglichen Pflichtleistungen in Fabrik und Haus verzehren. Mehr noch als die rückständige Erkenntnis hält die Unsumme der auf ihr lastenden Arbeiten sie von den Organisationen und Versammlungen fern.

Der Achtstundentag schafft in dieser Hinsicht den nötigen Wandel. Er ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einbeziehung der Arbeiterinnenmassen in die Gewerkschaften, für die politische Schulung des weiblichen Proletariats, für seinen Kampf um die politische Gleichberechtigung, für sein Ringen um die Befreiung der Arbeit.

Die schrankenlose kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft zeitigt gerade für die Lohnsklavinnen die traurigsten Verhältnisse. Zehntausende und Zehntausende von Frauen sind in Industrien thätig, in denen die Saisonarbeit herrscht; sie leiden schwer unter dem Hin und Her zwischen den Zeiten toller Ueberarbeit und den Tagen theil weiser und völliger Erwerbslosigkeit. Die Arbeiterinnen insgesamt werden durchgängig mit Hungerlöhnen abgespeist, welche zu einem sorgenvollen, entbehrungsreichen Leben verurtheilen, welche Hunderte und Tausende zwingen, in dem Laster zeitweilig oder ständig einen Nebenwerb zu suchen.

Der Achtstundentag bringt größere Regelmäßigkeit, Stetigkeit in die Produktion; er mildert etwas den Gegensatz zwischen Ueberarbeit und Flaue mit seinen verderblichen Folgen in materieller, gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht. Der Achtstundentag führt zu einem Steigen der Löhne. Die Theorie lehrt und die Praxis bestätigt, daß überall niedriger Lohn Hand in Hand geht mit unbegrenzt langer Arbeitszeit; daß ein kurzer und geregelter Arbeitstag von höherer Entlohnung begleitet wird. Die Arbeiterinnen, welche im Interesse ihrer Gesundheit, ihrer Stillschicklichkeit und einer fakturwürdigen Existenz besonders dringend einer Aufbesserung ihres Einkommens bedürfen, fordern den Achtstundentag als Ausgangspunkt für einen stetigeren und ausreichenderen Broterwerb.

Gewiß, nicht alle proletarischen Frauen sind als Hörige des Kapitals an den Vortheilen des Achtstundentages unmittelbar interessiert. Aber bei der Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung ist keine Proletarierin sicher, daß sie nicht von heut auf morgen mit ihrem Thun aus der Familie in die Fabrik gedrängt, aus einer Hausfrau zur ausgebeuteten Berufsarbeiterin wird. Und wer ist der Vater, wer ist der Gatte, wer sind die Schwestern und Brüder und Kinder der Proletarierin, die jetzt noch am häuslichen Herde schaltet und waltet? Fast ausnahmslos Lohnsklaven und Lohnsklavinnen, denen die Segnungen des Achtstundentags zu Gute kommen, Segnungen, an denen auch die nicht kapitalistisch ausgebeutete Proletarierin theilnimmt.

Unmittelbar oder mittelbar fordern deshalb die Lebensinteressen der gesamten proletarischen Frauenwelt den Achtstundentag für alle Lohnarbeitenden. Die Bundesregierungen haben bekanntlich laut Beschluß des Reichstags die Fabrikinspektoren angewiesen, 1899 dem Umfang und den schädlichen Folgen der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, auch auf die Mittel hinzuweisen, durch welche diesen schädlichen Folgen entgegen zu wirken sei. Die proletarischen Frauen, soweit sie zum Klassenbewußtsein erwacht sind, nennen den Herrschenden

das beste, das heillkräftigste Mittel: den Achtstundentag. Begeistert stimmen sie ein in die Forderung, die am 1. Mai von ungezählten Schaaeren Ausgebeuteter in allen Kulturländern erhoben wird: Heraus mit dem Achtstundentag!

## Die Maifeier

Schon trotz allen vorherigen Ankündigungen von Aussperrungen u. bedeutend großartiger verlaufen zu sein als in den Vorjahren.

Von Berlin haben wir wenigstens diesen Eindruck erhalten; als wir Morgens in der 8. Stunde mit der Stadtbahn nach der inneren Stadt zur Versammlung fuhren und in die Nähe des Zoologischen Gartens kamen, allwo die schönen Fuß- und Reitwege den im frischen Grün prangenden Thiergarten durchkreuzen, wimmelte es nur so von Menschen zu Fuß und zu Pferde. Freilich waren das Angehörige der „oberen Zehntausend“, die nicht blos am 1. Mai, sondern jeden schönen Tag des Morgens schon „Feierabend“ zum Fenster hinausrufen und ohne Sorgen um den kommenden Tag sich dem Vergnügen hingeben können.

Aber der 1. Mai hatte auch dem Straßenschild für den, der das sehen mochte, eine andere Physiognomie gegeben, man sah nicht selten truppweise (beiläufig nicht geschlossen) die Arbeiter im Festtagskleide nach ihrem Versammlungsorte marschiren, und diese Versammlungen waren nach den Berichten alle überfüllt besucht. Auch die im Louisestädter Klubhause tagende Versammlung der Glasschleifer, Glaser und Porzellanarbeiter war so zahlreich besucht, daß schließlich Absperrung des Lokals erfolgte. Porzellanarbeiter hatten sich daran 65 theilgenommen, die Mehrzahl Maler, denen es bei den „Kleinmeistern“ natürlich leichter fällt, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen. Die Richterische Porzellanfabrik hatte ebenfalls denjenigen, die Arbeitsruhe für diesen Tag wollten, „Dispens“ erteilt, ob davon auch der weitgehendste Gebrauch gemacht wurde, konnten wir noch nicht erfahren. Bei Schomburg haben die Dreher wohl angefragt wegen der Arbeitsruhe, doch scheint die Antwort nicht zu stimmend ausgefallen zu sein, wenigstens sah man keinen der Kollegen in der Versammlung. Gerade in dieser Fabrik, wo an die Arbeitskraft der Dreher die höchsten Anforderungen gestellt werden, hätte man auf mehr Entgegenkommen rechnen können, unbeschadet der vielleicht etwas günstigeren Verhältnisse, die ja nur eine Folge der angestrengten Arbeit sind.

Ob am Ende nicht doch die Kollegen dort selbst Schuld daran sind, daß man nicht einmal einen Tag energischer sich fordern kann, auch wenn es der 1. Mai ist? Eine Firma, wie die Schomburg'sche, würde doch gewiß niemals es wegen der Feier des 1. Mai zu einem Konflikt kommen lassen; sie ist korrekt genug, der Arbeitskraft ihrer Arbeiter die Würdigung angedeihen zu lassen, die sie verdient und ist das der Fall, so gönnt sie ihnen auch für einen Tag die Arbeitsruhe, ob es der erste oder der letzte Mai ist.

Bis jetzt ist vom übrigen Deutschland einiges eingegangen über die Beteiligung an der Feier des 1. Mai. Von Kahlia ging folgender Bericht ein:

Die Maifeier gestaltete sich in diesem Jahre zu einer größeren Demonstration, als man im allgemeinen erwartet hatte. In den einzelnen Fabriken und Malereien waren die Arbeiter vortheilhaftig geworden betreffs Freigabe des 1. Mai, fanden aber bei ihren Arbeitgebern den entschiedensten Widerspruch. Die Herren glauben eben immer noch, daß der Arbeiter